

## HARDTBERGER RATSNOTIZEN

*Dezember 2014*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die letzte Ratssitzung liegt schon mehr als zwei Wochen zurück. Die Weihnachtsvorbereitungen haben dazu geführt, dass ich Sie etwas später als sonst über Aktuelles aus der letzten Ratssitzung des Jahres und über Neuigkeiten aus dem Stadtbezirk Hardtberg informiere.

Wie immer freue ich mich über Ihre Meinung und Anregungen. Wenn Ihnen die RatsNotizen gefallen, freue ich mich über eine Weiterleitung an Ihre Freunde und Bekannte.

Ich verbleibe mit den besten Wünschen für das Neue Jahr!



Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Gabi Kaye".

### **Ratssitzung am 11. Dezember 2014**

#### ***Resolution „Bonn bleibt bunt“, OGS 2020 und fehlende Videoübertragung***

1. In der Ratssitzung am 11. Dezember haben die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP, Linke und Piraten eine gemeinsame Resolution gegen Gruppen wie zum Beispiel Bogida beschlossen. Aktueller denn je, denn gleich in den folgenden zwei Wochen gab es auch in Bonn einen Versuch der sogenannten Pegida, ihre rechten Parolen in einer Demonstration zu verbreiten. 300 „Pegidas“ und 3000 Bonnerinnen und Bonner, die mit ihrer Gegendemonstration klar gemacht haben, dass für rechte Parolen in Bonn kein Platz ist. Großartig!
2. Die Videoübertragung der Ratssitzung fiel in der vergangenen Ratssitzung aus. Wie vor jeder Sitzung wurde von den Ratsmitgliedern abgestimmt. Diesmal aber geheim, weil es aufgrund einer Veröffentlichung von Teilen der vergangenen Ratssitzung durch die Piraten wohl einigen Unmut bei einzelnen Ratsmitgliedern gegeben hatte. Es haben sich dann 22 Ratsmitglieder gegen die Übertragung im Internet ausgesprochen. Da eine Gegenstimme gereicht hätte, um die Übertragung zu verhindern, blieb der sonst übliche Livestream aus dem Ratssaal stumm.

Dieses Ergebnis ist aus meiner Sicht sehr ärgerlich und nicht nachvollziehbar. Mitglieder des Rates sind Personen von öffentlichem Interesse. Das müsste für jedes Ratsmitglied klar und zu akzeptieren sein. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen das Internet zur politischen Information. Am Donnerstag gab es diese Möglichkeit in Bonn nicht mehr, das Rats-TV blieb dunkel. Wir haben die Einführung des Rats-TV unterstützt. Bot sich hier doch die Möglichkeit, ohne großen Aufwand den Stadtverordneten tatsächlich mal bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Argumente, die Übertragung im Internet hemme einzelne Stadtverordnete bei ihren Redebeiträgen, kann man kaum gelten lassen. Sind doch alle Ratsmitglieder bei zahlreichen Gelegenheiten in der Lage, vor Publikum zu reden. Wo der Unterschied bei einem nicht spürbaren, größeren Publikum liegen soll, ist nicht erkennbar. Die SPD hofft, dass bei der nächsten Abstimmung die Übertragung im Internet wieder zugelassen wird und der Bildschirm nicht dunkel bleibt. Die Verantwortung eines Ratsmitglieds geht über die Beteiligung an Abstimmungen hinaus. Man muss auch für seine Äußerungen einstehen können.

3. Wegen der städtischen Haushaltssituation haben wir unter dem Titel „OGS 2020“ eine Reihe von Anforderungen zum qualitativen und quantitativen Ausbau der Offenen Ganztagschule genannt. Einerseits zusätzliche Gelder von Landesseite und andererseits Berichte aus der Elternschaft, dass Kitas bereits vorausschauend auf den Bonner Haushalt die Ferienbetreuung gestrichen haben, machen dies notwendig. Die Anforderungen haben wir in einem Dringlichkeitsantrag für die Ratssitzung am 11.

Dezember formuliert und den anderen Ratsfraktionen zur Mitzeichnung angeboten. Die Linksfraktion und die Piraten haben den Antrag mitgetragen.

Leider wurden unsere Vorschläge von der Koalition aus CDU, Grünen und FDP abgelehnt, auf die Verhandlungen mit den Trägern vertröstet und letztendlich in die Haushaltsberatungen vertagt.

Unsere Forderungen im Einzelnen:

- Sicherung der üblichen Öffnungszeiten und der Ferienbetreuung
- zusätzliche OGS-Förderung in Höhe von 200 Euro pro Kind und Jahr ab dem Schuljahr 2015/16 für den qualitativen und quantitativen Ausbau der Bonner OGSen
- zusätzliche Förderung von 100 Euro ab dem Schuljahr 2015/16 pro Kind und Jahr (also mit den 200 Euro Erhöhung insgesamt 300 Euro) für die Weiterentwicklung der OGS-Plus
- jährlicher Ausgleich der Tariferhöhungen (analog zum Beschluss der Landesregierung)
- Aufhebung des 150-Euro-Deckels auf OGS-Elterngebühren durch die Landesregierung. Für den Fall, dass die Landesregierung dieser Forderung nicht nachkommt, soll die Verwaltung nach Möglichkeiten suchen, unter Berücksichtigung sozialer Kriterien zusätzliche Elternbeiträge zu erheben. Insbesondere soll dabei eine Modifizierung der Staffelung geprüft werden.
- Formulierung, Sicherung und Überprüfung von Standards gemeinsam mit den Trägern

Darüber, dass an OGS nicht gespart werden sollte, schien in der vergangenen Ratssitzung Einigkeit bestanden zu haben. Nun müssen den Lippenbekenntnissen auch Taten folgen. Schade, dass die Koalition sich dazu nicht durchringen konnte. Eine gemeinsame Initiative für die Bildung unserer Bonner Kinder hätte der Politik sehr gut zu Gesicht gestanden.

Die [Tagesordnung](#) der Ratssitzung können Sie nachlesen. Die Schnellmeldung finden Sie [hier](#).

Das Protokoll der Ratssitzung vom 13.11. liegt noch nicht vor.

Wenn Sie dazu oder zu anderen Themen der Ratssitzungen Fragen oder Anregungen haben, können sie sich gern an mich wenden.

## Sperrung des Bahnübergangs Weck-Werke

***Bahnübergang bis voraussichtlich 15. März für PKW und LKW gesperrt***

Leider mussten wir erfahren, dass der Bahnübergang Weck-Werke in Duisdorf für den Straßenverkehr voraussichtlich erst am 15. März 2015 wieder geöffnet wird. An dem eigentlich geplanten Öffnungstermin, dem 19. Dezember, wurde der Übergang ausschließlich für Fußgänger freigegeben. Grund dafür sind sicherheitstechnische Erwägungen auf Seiten der Deutschen Bahn, die mit den über die Jahre geänderten Vorschriften zur Räumung von Bahnübergängen zu tun haben. D.h. im Wesentlichen, es werden größere „Stautrecken“ benötigt, damit man nicht ungewollt auf dem Gleis steht, während die Schranke schließt.

Am 7. Januar 2015 wird im Rathaus Alfter eine nicht öffentliche Informationsveranstaltung der Deutschen Bahn für die Lokalpolitik stattfinden, in der die alternativen Verkehrsführungen vorgestellt werden.

Außerdem hat die SPD in Bonn und im Stadtbezirk Hardtberg eine Große Anfrage für den Planungsausschuss und die Bezirksvertretung Hardtberg gestellt, um diverse Fragen rings um den Bahnübergang und das jetzige Vorgehen der DB bezüglich der geplanten Änderungen der Verkehrsführung gestellt. Den Inhalt der Großen Anfrage können Sie [hier](#) nachlesen.

## Blumenviertel muss entlastet werden

***– Verkehrszählung als erster Schritt –***

Im Blumenviertel hinter dem Duisdorfer Bahnhof trifft Wohngebiet auf LKW- Lieferverkehr für die Industrie am Ort. Der Planungsausschuss der Stadt Bonn hat nun die Verwaltung beauftragt, Zahlen zur Verkehrssituation vor Ort zu erheben, vorzulegen und zu analysieren. Dabei ist mir besonders wichtig, dass zu Tag- und Nachtzeiten, an mehreren unterschiedlichen Wochentagen und insbesondere in den kritischen Bereichen im Nelkenweg und im Rosenhain Verkehrszahlen erhoben werden. Ich weiß, dass viele Anwohnerinnen und

Anwohner seit Jahren die Verwaltung um Hilfe bitten und bisher nicht ernst genommen wurden. Das muss sich ändern.

Ursprünglich hatte die SPD zur Aufwertung des Wohngebietes ein umfassenderes Paket aus Verkehrskonzept und Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung beantragt. Die Koalition aus CDU, Grünen und FDP wollte jedoch eine Überprüfung der Verkehrssituation vorschalten. Das halte ich zwar nicht für nötig, aber auch nicht für schädlich. Denn solche Erhebungen sind zur Vorbereitung eines Verkehrskonzeptes auf jeden Fall erforderlich. Deshalb hat die SPD diesen Änderungswunsch im Planungsausschuss mitgetragen. Schließlich geht es am Ende möglicherweise um eine große bauliche Änderung, die auch Geld kosten wird. Deshalb wird – im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner - ein größerer Konsens auf Basis belastbarer Zahlen gebraucht.

Dass gerade jetzt der Bahnübergang Weck- Werke gesperrt ist, möchte die Verwaltung nutzen, um Erkenntnisse über die Verkehrsbeziehungen zwischen Bonn und Alfter zu gewinnen. „Auch diese Erkenntnisse können dann in ein Verkehrskonzept einfließen, das den Unternehmen Zukunftssicherheit bieten und die Anwohnerinteressen angemessen berücksichtigen muss“, meint Wolfgang Groß, der für die SPD als Verkehrsexperte Mitglied im Planungsausschuss und Bezirksverordneter in der Bezirksvertretung Hardtberg ist.

## **Wie wichtig ist der Vor-Ort-Bürgerservice am Hardtberg?**

***SPD-Bezirksfraktion hat Bürgerbefragung in der Fußgängerzone Duisdorf durchgeführt***

Seit Monaten hat der Stadtbezirk Hardtberg keine Bürgerdienste mehr vor Ort. Schadstoffbelastete Räume in der Bezirksverwaltungsstelle führten zum Umzug in das Stadthaus. Jetzt steht in den Sternen, wann die Bürgerdienste zurückkehren, da die Schadstoffsanierung wohl deutlich komplexer ist als erwartet. „Wir befürchten, dass aus Kostengründen die Bürgerdienste gar nicht mehr in den Hardtberg zurückkommen“, sagt der stellvertretende Bezirksbürgermeister Gisbert Weber. „Die aktuelle Spardiskussion könnte der Aufhänger dafür sein. Wir wollen nicht, dass dieser wichtige Bürgerservice ohne Prüfung des wirklichen Bedarfs sang- und klanglos abgezogen wird. Daher möchten wir von den Bürgerinnen und Bürgern erfahren, wie wichtig ihnen der lokale Service ist und ob es alternative Modelle gibt.“

Am Samstag vor Weihnachten haben wir deshalb die Bürgerinnen und Bürger in der Duisdorfer Fußgängerzone mit Hilfe eines Fragebogens nach ihrer Meinung zu den Bürgerdiensten gefragt. Trotz des Zeitpunktes kurz vor Weihnachten war das Interesse an der Umfrage riesig. Es kamen sogar Bürgerinnen aus anderen Ortsteilen extra nach Duisdorf, um ihre Meinung zu äußern.

In der Umfrage ging es um die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen vor Ort im Zusammenhang mit dem Bürgerservice. Dieser deckt Ausweis- und Pass-, Schwerbehinderten-, Melde-, Führerschein- und KFZ-Angelegenheiten sowie Führungszeugnisse, Registerauskünfte und Beglaubigungen ab.

Ziel ist es, Bedarf und Kosten zu diskutieren. Da sind sich die Mitglieder der SPD-Bezirksfraktion Dominik Loosen, Wolfgang Groß und Gisbert Weber einig. „Sicherlich muss die Stadt sparen und da fehlt uns nicht die ausreichende Einsicht“, so Dominik Loosen. „Allerdings muss auch der Grundbedarf der Bevölkerung befriedigt werden.“ „Wenn wir junge Eltern mit Kinderwagen und die vielen älteren Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirks als Beispiel nehmen“, mahnt Wolfgang Groß, „können wir uns nur schwer vorstellen, dass diese für jede städtische Serviceleistungen ins Stadthaus fahren müssen.“

## **Erwartetes, Ungewöhnliches und Überraschendes**

***SPD Bonn nahm Sparvorschläge der BürgerInnen in 4 Stadtbezirkskonferenzen auf***

„An Festspielhaus und Oper trennen sich die Geister. Das weiß man, wenn man in die Haushaltsdiskussion einsteigt. Auch, dass sich in den Stadtbezirken jeder für den Erhalt seines Bades oder seiner Stadtbibliothek stark macht, ist nicht überraschend. Aber die Einführung einer City- Maut zum Beispiel, um die Einkommenseite zu verbessern, daran hatte von uns niemand gedacht“, so Ernesto Harder, Vorsitzender der SPD Bonn.

Die SPD Bonn hat seit Anfang Dezember in vier Stadtbezirkskonferenzen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, was gestrichen werden kann, was erhalten werden muss oder eingeführt werden sollte. Die

Veranstaltungen wurden moderiert von Bärbel Richter und Dr. Ernesto Harder. Nachdem die Moderatoren kurz über die Haushaltslage berichtet hatten, konnten alle Besucher der vier Veranstaltungen ihre Sparvorschläge einbringen.

Eine Forderung zog sich durch alle Veranstaltungen: Im Bereich der Bildung darf nicht gespart werden. Wer im Interesse zukünftiger Generationen den Haushalt sanieren will, darf nicht bei der Bildung sparen. Durchgängig wurde auch ein Hallenkonzept gefordert. Denn nur auf dieser Basis lässt sich über Schließungen (zum Beispiel der Oper oder der Stadthalle Bad Godesberg) oder Neubauten (zum Beispiel das Festspielhaus) entscheiden.

Viele Bürgerinnen und Bürger sahen auch Defizite bei der Verwaltung. Eine Straffung der Dezernate und Kontrolle der Verwaltungsausgaben wurden angemahnt. Für einen pauschalen Personalabbau hat sich niemand ausgesprochen. Die Bürgerdienste sollten vor Ort erhalten bleiben und alle anderen Ämter in einem neuen Stadthaus an der B9 zentralisiert werden. Das Grundstück des Stadthauses in bester Citylage könnte dann vermarktet werden.

Bärbel Richter, Vorsitzende der SPD- Fraktion und deren finanzpolitische Sprecherin: „Mehr als 150 Sparvorschläge und Maßnahmen, die die Einnahmeseite stärken, wurden vorgetragen. Die SPD- Fraktion, das ist unser Versprechen, wird die mehrseitige Vorschlagsliste der Bürgerinnen und Bürger während ihrer Haushaltsberatungen zu Rate ziehen. Die Beschlüsse, die wir auf Grundlage des Sparkatalogs fassen, werden wir wieder öffentlich vorstellen.“

## Wiederanpiff für den Kunstrasenbau in Lessenich

*Grundbucheintrag ist erledigt*

Endlich hat das Grundbuchamt die fehlende Eintragung für den Lessenicher Kunstrasenplatz vorgenommen und die Unterlagen zum Notar gegeben, damit die Verträge unterzeichnet werden können. Jetzt steht einem Baubeginn Anfang des Jahres nichts mehr im Wege.

Ohne die Eintragung des Erbbaurechts ins Grundbuch und das Okay von Gericht durfte der Verein nicht bauen, weil die Risiken sonst von der Stadt zu tragen gewesen wären.

Nun kann der Verein endlich mit dem Bau starten. Ein toller Einstieg ins neue Jahr! Und vielleicht ein Beispiel für andere Vereine, wie die Lessenicher den Bau „ihres Kunstrasens“ selbst in die Hand zu nehmen. Immerhin sind jetzt alle Hürden, die bei einem solchen Vorhaben seitens der Behörden zu nehmen sind, einmal erlebt und gelöst worden und alle Beteiligten wissen, wie es geht.



## Erste Termine 2015

*Bürgersprechstunde am Dienstag, 20. Januar und Mittwoch, 18. Februar*

Ich freue mich auf Ihre Anrufe und Mails, ich bin im Facebook-Chat live zu erreichen, jeweils von 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr. Sprechen Sie mich gerne an, wenn Sie einen persönlichen Termin vereinbaren möchten.

---

### GABI MAYER

Mitglied im Rat der Stadt Bonn  
Stellvertretende Vorsitzende und sportpolitische  
Sprecherin der SPD-Fraktion im Rat

Europaring 157  
53123 Bonn

Telefon: 0228 2494948  
Mobil: 0157 37227781

E-Mail: [mail@gabi-mayer.de](mailto:mail@gabi-mayer.de)  
Internet: [www.gabi-mayer.de](http://www.gabi-mayer.de)

Facebook: [www.facebook.com/Mayer.Gabi](http://www.facebook.com/Mayer.Gabi)